

Erfcheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil: die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil: die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag

Für Plakate, Prospekten kann keine Gewähr übernommen werden

Berichtsstand:
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Die Reichsratsverhandlungen vor dem Abschluß Morgen Schlußabstimmung über das Regierungsprogramm — Der Reichskanzler dringt auf rasche Erledigung der Vorlagen im Reichstag — Außenminister Curtius wird Tardieu antworten

U. Berlin, 19. Nov. Nachdem am Montag die wichtigste Entscheidung im Reichsrat über das Wirtschafts- und Finanzprogramm der Regierung gefallen ist, wird in Berliner politischen Kreisen angenommen, daß der Reichsrat das Programm der Regierung am Donnerstag voll und ganz verabschiedet haben wird. Das Interesse wendet sich daher nunmehr der Frage zu, ob auch der Reichstag das große Sanierungsprogramm ebenso glatt annehmen wird, wie das der Reichsrat getan hat. Es ist anzunehmen, daß dies nicht ohne weiteres der Fall sein wird, da anscheinend eine Reihe von Parteien der Regierung Schwierigkeiten zu machen beabsichtigt, u. a. auch die SPD, ohne die das Regierungsprogramm nicht zu verabschieden ist. Der Kanzler hat daher bereits die Fühlung mit den Parteien aufgenommen, um sich über die politische Lage zu informieren. Er dürfte die Parteien nicht darüber im Zweifel lassen, daß er nach wie vor fest entschlossen ist, das Programm der Reichsregierung durchzuführen und sich hierzu jedes verfassungsmäßigen Mittels zu bedienen. Da der Kanzler weiter der Ansicht ist, daß das Regierungsprogramm unbedingt noch vor Neujahr verabschiedet werden muß, ist auch wohl damit zu rechnen, daß unter Umständen der Kanzler dem Reichstag eine Frist setzt, bis zu der der Reichstag die Gesetze verabschiedet haben muß, wenn nicht andere Mittel ergriffen werden sollen. Es käme hier also wohl unter Umständen eine neue Notverordnung in Frage, nach deren Erlaß der Reichstag für ein bis zwei Monate vertagt werden dürfte. Der Reichstag tritt bekanntlich am 3. Dezember zusammen.

Die Notverordnungen vor dem SPD-Fraktionsvorstand.
Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist gestern vormittag im Reichstag zu einer Sitzung zusammengetreten. Gegenstand der Beratungen waren die Notverordnungen, deren Beratung am kommenden Donnerstag im Haushaltsausschuß beginnt. Die sozialdemokratischen Frak-

tionsführer hatten bekanntlich bereits eine Besprechung mit dem Reichskanzler über diese Frage, mit deren Ergebnis sich die Vorstandssitzung beschäftigte.

Das Steuervereinfachungsgesetz vor den Reichsratsausschüssen.

Die Reichsratsausschüsse beschäftigten sich gestern unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning mit dem Steuervereinfachungsgesetz. Es stellte sich heraus, daß die umfangreiche Materie dieses Gesetzes bis zum Donnerstag nicht mehr erledigt werden kann. Das Steuervereinfachungsgesetz wird daher von der Tagesordnung der Vollziehung des Reichsrates am Donnerstag abgesetzt werden. Die Ausschüsse halten zunächst nur am Donnerstagmittag noch eine Sitzung ab, um die dritte Lesung der Tabaksteuernovelle vorzunehmen.

Auf der soeben veröffentlichten Tagesordnung der nächsten Vollziehung des Reichsrates am Donnerstag, dem 20. November, stehen bereits der Reichshaushalt für 1931 und die Entwurfs zum Finanzprogramm. In der Sitzung wird, wie die „Germania“ meldet, der Reichskanzler das Ergebnis der letzten Reichsratsberatungen in kurzen Ausführungen zusammenfassen. Im Anschluß daran werde Reichsaußenminister Dr. Curtius zu außenpolitischen Erklärungen und das Wort nehmen. Es sei anzunehmen, daß Dr. Curtius insbesondere den deutschen Standpunkt Tardieu gegenüber darlegen werde.

Rücktritt Dr. Scholz

U. Berlin, 19. Nov. Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, hat aus Gesundheitsrücksichten seine Ämter als Partei- und Reichstagsfraktionsvorsitzender der Deutschen Volkspartei niedergelegt. Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hat einstimmig beschlossen, dem Zentralvorstand den Abg. Dingeldey als Parteiführer in Vorschlag zu bringen.

Das Spiel der Abrüstungsgegner in Genf

Die Möglichkeit zu neuen Aufrüstungen bleibt offen — Deutsche Stimmenthaltung

U. Genf, 19. Nov. Der Abrüstungsausschuß hat gestern zur allgemeinen Überraschung zum ersten Male einen sonjektivischen Antrag angenommen. Da der erste Artikel des Vorschlages der 5 Londoner Seemächte nur die Begrenzung der Gesamtkriegsschiff-Tonnage vorsieht, beantragte Litwinow unter Hinweis auf den Völkerbundsvertrag die Einführung einer Verpflichtung zur allgemeinen Herabsetzung der Aufrüstungen. Der französische Vertreter lehnte diesen Sowjetantrag als eine leere Manifestation scharf ab. Er beglückwünschte hierbei ironisch Litwinow zu der Verteidigung der Grundsätze des Völkerbundsstatutes. Der Sowjetantrag wurde dann mit 11 gegen die Stimme Polens bei 12 Stimmenthaltungen angenommen.

Graf Bernstorff erklärte, daß er sich bei künftigen Abstimmungen der Stimme enthalten werde, da das gegenwärtige Abrüstungsabkommen für Deutschland wertlos und sinnlos sei. Um den durch den Sowjetantrag herbeigeführten Bestimmungen des Artikels 1 entgegenzutreten, beantragte der französische Vertreter eine Säzung, nach der die Herabsetzung der Flottenrüstungen „soweit möglich“ erfolgen soll. Obwohl der holländische Vertreter darauf hinwies, daß der Wortlaut „soweit möglich“ den Mächten die Möglichkeit neuer Aufrüstungen offen lassen würde, wurde der französische Antrag mit 14 gegen 1 Stimme bei deutscher Enthaltung angenommen. Der Abrüstungsausschuß hat erneut eine Herabsetzung der Flottenrüstung „soweit möglich“ beschlossen und damit seine gesamte Einstellung von neuem aufs deutlichste offenbart.

Im Verlauf der Sitzung kam es zu einem kurzen Zusammenstoß zwischen dem Präsidenten London und Litwinow, als dieser darauf hinwies, daß ein Teil der russischen Flotte sich heute noch in der Gefangenschaft einer europäischen Großmacht befinde. Der Präsident unterbrach Litwinow mit dem Hinweis, daß er unter keinen Umständen Erörterungen von Fragen zulassen könne, die in keinem Zusammenhang mit den eigentlichen Verhandlungen stünden. Es handelt sich hierbei um die russischen Schiffe, die nach der russischen Revolution von der französischen Regierung zum Transport der Wrangeltruppen nach Südrußland zum Kampf gegen die Moskauer Regierung verwendet wurden und sich seitdem in einem französischen Hafen befinden.

In der Sitzung trat der Gegensatz der großen und kleinen Seemächte deutlich zu Tage. Spanien, Schweden und Sowjetrußland forderten eine Unterscheidung zwischen den großen und kleinen Flotten. Die kleinen Mächte beanspruchten für sich die Freiheit des Anspruches auf den Bau von Unterseebooten innerhalb ihrer Gesamttonnage, sowie Uebertragungsmöglichkeit der Tonnage von einer Schiffsart auf andere beim Bau von neuen Kriegsschiffen. Die Ansprüche der kleinen Seemächte wurden von englischer und amerikanischer Seite zurückgewiesen. Frankreich beantragte dagegen, daß auch den großen Seemächten die Möglichkeit eingeräumt werde, die ihnen für die einzelnen Schiffskategorien eingeräumte Tonnage auf andere Kategorien zu übertragen. Es wurde schließlich ein Unterausschuß unter Vorsitz von Politi eingesetzt, der dem Ausschuß neue Vorschläge unterbreiten soll.

Mussolini über die europäischen Rüstungen.

U. London, 19. Nov. In einem Artikel im „Daily Express“ drückt Mussolini die Ansicht aus, daß die vielfach geäußerten optimistischen Ansichten keinen Menschen darüber täuschen dürften, was tatsächlich in Europa vorgehe. Man bränge bloß die Staatsausgaben der einzelnen Nationen in Europa unterzuchen, um festzustellen, daß etwa die Hälfte davon für Rüstungen ausgegeben werde. Italien wolle Frieden, aber es habe die heilige Verpflichtung, seine nationale Unabhängigkeit zu verteidigen. Wese dem Lande, das seine nationale Ehre verletzen würde. Italien habe oft genug seine Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht, die Rüstungen auf ein Mindestmaß zu beschränken, falls andere Länder die gleiche Bereitwilligkeit zeigen würden.

Die Sicherheit Frankreichs

verbietet die Entlassung von 11 000 Soldaten.

U. Paris, 19. Nov. In der Kammer beantragte der radikalsozialistische Abg. Chouffet sofort diejenigen Soldaten vom Heeresdienst zu befreien, die noch insgesamt 18 Monate dienen müssen, weil bei ihrer Einziehung die einjährige Dienstzeit noch nicht bestand. Es handelt sich um etwa 11 000 Soldaten. Der Kriegsminister und der Heeresausschuß der Kammer lehnten die Entlassung ab. Ministerpräsident Tardieu stellte daraufhin die Vertrauensfrage. Mit 348 gegen 248 Stimmen wurde der Antrag des Abg. Chouffet abgelehnt und darauf die Sitzung ausgesetzt.

Tages-Spiegel

Der Reichsrat wird morgen das Sanierungsprogramm der Regierung mit Ausnahme des Steuervereinfachungsgesetzes verabschieden. Man erwartet hierbei eine Rede des Kanzlers über das Beratungsergebnis sowie außenpolitische Erklärungen Dr. Curtius.

Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes erhob in einem Beschluß Einspruch gegen die Einführung der Gehaltskürzung ab 1. Februar.

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, ist endgültig zurückgetreten. An seine Stelle wird vermutlich der Darmstädter Rechtsanwalt Dingeldey treten.

Die Neuwahl des Oberbürgermeisters von Berlin ist auf die zweite Hälfte des Monats Januar vertagt worden.

Der Ministerrat in Rom beschloß, die Beamtengehälter um 12 Prozent zu kürzen. Es handelt sich um eine Maßnahme des faschistischen Programms.

„Do. X“ hat gestern einen Rundflug über Bordeaux ausgeführt. Das Flugschiff wird voraussichtlich heute nach Santander in Spanien fahren.

Kürzung der Beamtengehälter in Italien

U. Rom, 19. Nov. Der Ministerrat hat am Dienstag vormittag nach Prüfung der Kassenlage, die für das erste Viertel des Haushaltsjahres einen Fehlbetrag von 720 Mill. Lire aufweist, beschlossen, keine neuen Steuern einzuführen, noch die bestehenden Steuern zu erhöhen, sondern unverzüglich Sparmaßnahmen durchzuführen. Der Ministerrat hat in diesem Sinne ein Gesetzdekret angenommen, das ab 1. Dezember die Gehälter sämtlicher Beamten, Angestellten und Hilfsarbeiter des Staates und aller übrigen öffentlichen Körperschaften und aller staatlichen Gesellschaften um 12 Prozent kürzt. Von dieser Kürzung werden ebenfalls die Familien-, Feuerungs- und sonstigen Zulagen betroffen. Der Ministerrat hat sich dabei von folgenden Betrachtungen leiten lassen:

1. daß die Löhne fast aller Arbeiterkategorien in den letzten Monaten eine erhebliche Kürzung erlitten haben,
2. daß ein Ausgleich des Haushalts im Interesse aller Staatsbeamten und Angestellten liegt;
3. daß die Herabsetzung der Löhne und Gehälter zu einem weiteren Abbau des Kleinhandelspreises und der Mieten führen müsse.

Der Ministerrat weist in der Begründung darauf hin, daß er dem Programm achter faschistischer Zeitrechnung, das im Abbau der Zwangswirtschaft stand, treu geblieben sei. Das Programm des Jahres 9 bestehe nun in der Angleichung der gesamten Volkswirtschaft an den Wert des Lira, der unter Berücksichtigung der Stabilisierungsquote und der verringerten Kaufkraft des Goldes der Formel: 1 Vorkriegs-Lira gleich 4 heutige Lira entspricht. Indem der Staat die Bezüge aller Beamten und Angestellten des Staates und der öffentlichen Körperschaften diesem Verhältnis anpaßt, beabsichtigt er, auch die Privatwirtschaft auf diese Notwendigkeit hinzuweisen.

Zusammenstöße vor der Leipziger Universität

U. Leipzig, 19. Nov. Am Dienstag kam es vor dem Eingang zur Universität zu einem Konflikt zwischen Studenten des Deutschen Studentenbundes, die dort ein gegen den Faschismus gerichtetes Flugblatt verteilten und nationalsozialistischen Studenten. Einem der Flugblattvertreter wurden die Zettel entrissen und man versuchte ihn in den Universitätshof zu zerren. Zwei Kriminalbeamte, die in der Nähe waren, sprangen hinzu und führten drei nationalsozialistische Studenten zu der nahegelegenen Postkammer. In der Ritterstraße vor dem Eingang zur Mensa kam es dabei zu Meißerereien und großen Anspannungen, so daß schließlich der Platz geräumt werden mußte. Größere Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten konnten verhindert werden.

Sowjetgeneral Blücher verhaftet?

U. Berlin, 19. Nov. Der „Sozialistische Wote“, das Berliner Zentralorgan der russischen Sozialdemokratie, erhielt nach dem „Vorwärts“ Nachricht aus sicherer Moskauer Quelle, daß im Zusammenhang mit der Verhaftung des Wetzrow Andrejew, Mitglied des Obersten Kriegsrates, auch General Blücher, der Oberbefehlshaber der Sowjetarmee im Fernen Osten verhaftet worden sei.

